

725 Jahre Peinlichkeit

Die Stadtspitze feiert Stadtjubiläum zusammen mit Ehrengästen. Kosten 300.000 Euro. Die Bevölkerung soll auf eigene Kosten feiern. **S.3**

CDU mag Hindenburg

Der Rat beschloss den Helfer Hitlers von der Liste der Ehrenbürger zu streichen. Ausser die CDU, sie stimmte dagegen. **S.4**

Wasser für die Stadt

Die EU will das Wasser privatisieren. DIE LINKE fordert deshalb die Stadtwerke zu kommunalisieren um die Versorgung zu sichern. **S.5**

Gegen Armut im Alter

Die Altersarmut steigt stark an, insbesondere bei Frauen. DIE LINKE stellt Forderungen um die Situation zu verbessern. **S.6**

Für eine andere Wohnungspolitik



©Linksfraktion-Düsseldorf

Konzept Wohnungsmarkt

Für Investoren - nicht für MieterInnen

Die Stadtverwaltung hat ein Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt unter der Überschrift ZUKUNFT WOHNEN. DÜSSELDORF vorgelegt. Damit soll eine „gemeinwohlorientierte Wohnbauentwicklung“ gefördert werden.

30 Handlungsansätze werden vorgestellt, von denen die meisten bereits angewendet werden. Zwei dieser Ansätze sind neu. Zum Einen sollen zukünftig bei Projekten mit mehr als 100 Wohnungen 20% als Sozialwohnungen und 20% im „preisgedämpften Wohnungsbau“ errichtet werden. Damit soll die Anzahl der preiswerten und bezahlbaren Wohnungen erhöht werden. Unter preisgedämpften Wohnungsbau versteht die Verwaltung Mieten von maximal 10 Euro/m² kalt. Nur der Verwaltung und wahrscheinlich auch den Fraktionen von CDU und FDP scheint sich zu erschließen, was Mieten von 10 Euro/m² mit preiswerten und bezahlbaren Mieten gemeinsam haben. Die Quote von 20% Sozialwohnungen kann auch unterschritten werden, wenn es dem Investor - aus welchen Gründen auch immer - nicht zugemutet werden kann, Sozialwohnungen zu bauen. Dann soll der Anteil an preisgedämpftem Wohnungsbau er-

höht werden. Im schlimmsten Fall kann es dann Projekte geben, bei denen 40% der Wohnungen zu 10 Euro/m² und 60% zu noch höheren Mieten angeboten werden.

Ein weiteres Konzept sieht vor, dass Investoren von der Stadtparkasse zinsgünstige Darlehen bekommen, damit sie auf städtischen Grundstücken Mietwohnungen für maximal 8,50 Euro/m² anbieten. Das zinsgünstige Darlehen soll auf 20 Jahre vergeben werden, ohne dass der Investor eigenes Kapital einsetzen muss. Die städtischen Grundstücke sollen in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden. Dafür sollen die 8,50 Euro/m² für einen Zeitraum von 10 Jahren mit einer Indizierung gelten. Indizierung bedeutet, dass die Mieten bei Inflation auch höher ausfallen können. Bei den heutigen Kapitalkosten bedeuten zinsgünstige Darlehen Zinsen von 0,5 bis 1 %. Das heißt, ein Investor braucht kein Eigenkapital und kann bei so gut wie keinen Kapital- und Grundstückskosten Mieten von mindestens 8,50 Euro/m² nehmen. Auch das sind natürlich Kaltmieten. Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum in Düsseldorf hat berechnet, dass bei Neubauten

ohne Berücksichtigung von Kapital- und Grundstückskosten Mieten von 4,80 Euro/m² zu realisieren sind. Das heißt, hier wird dem Investor ein Gewinn von fast vier Euro/m² zugebilligt, ohne dass er selbst Kapital beisteuern muss.

Mit diesen beiden Beispielen wird deutlich, dass dieses „Handlungskonzept“ keine Verbesserung des Wohnungsmarktes für Mieterinnen und Mieter bedeutet. Allenfalls wird die Situation von Investoren und Maklern verbessert. Das ist allerdings auch keine Überraschung. Denn ausgearbeitet wurde das Konzept von der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den „Akteuren des Wohnungsmarktes“. Unter diesen Akteuren versteht die Stadt Makler und Vertreter der Wohnungswirtschaft. Nicht mit einbezogen wurde die größte und wichtigste Gruppe des Wohnungsmarktes. Kein Mieterverein und keine Mieterinitiative waren an der Ausarbeitung beteiligt.

Überhaupt nichts findet man im Konzept zu der Möglichkeit, dass die Stadt selbst preiswerte Wohnungen baut. Im Gegenteil, die wenigen Grundstücke, die die Stadt besitzt, sollen zu günstigen Preisen an Investoren verkauft werden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wie wichtig persönliches Engagement und Öffentlichkeit ist, um politisch etwas zu erreichen, wird deutlich an Beispielen, über die auch in dieser Ausgabe des Rheinblicks berichtet wird.

So hat das Bündnis bezahlbarer Wohnraum in Düsseldorf mit dazu beigetragen, dass in die Wohnungspolitik der Stadt Bewegung gekommen ist. Ebenso wäre es ohne die Berichterstattung über die Suspendierung der Feuerwehrleute nicht zu der jetzt erreichten Einigung zu den von der Feuerwehr geleisteten Überstunden aus den Jahren 2002 – 2005 gekommen.

Wir wollen uns nichts vormachen. Diese Erfolge führen nicht dazu, die Gesellschaft entscheidend zu verändern. Sie zeigen aber, dass man gemeinsam etwas bewegen kann. Um die herrschende Politik zu ändern, ist es natürlich notwendig, die Mehrheiten in den Parlamenten - ob Bundestag oder Stadtrat - zu ändern. Deshalb ist die Beteiligung an Wahlen wichtig. Genauso wichtig ist es aber, sich für die eigenen Überzeugungen und Anliegen einzusetzen.

Dabei unterstützen wir Sie gerne, in dem wir ihre Anregungen und Forderungen in den Stadtrat und in die Fachausschüsse einbringen. Dazu müssen wir Ihre Anliegen aber auch kennen.

Bitte schreiben Sie uns, ob per Brief oder E-Mail. Wir werden uns mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

36.681 Arbeitslose in Düsseldorf = 11,9%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im März 2013 bei 27.602 (offizielle Arbeitslosenquote 8,9 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 36.681 um 9.079 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Die genaue Aufschlüsselung der herausgerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Platzverweise

Etwa 5.000 Platzverweise hat der Ordnungs- und Sicherheitsdienst der Stadt Düsseldorf (OSD) im Jahr 2012 ausgesprochen und Menschen zeitweise von öffentlichen Plätzen und Strassen ausgeschlossen. Das geht aus einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE hervor. Die Auskunft über die Länge des zeitlichen Aufenthaltsverbots konnte oder wollte die Verwaltung nicht geben. In keinem einzigen Fall wurde 2012 von den Betroffenen Widerspruch eingelegt. Das ist zu bedauern, weil die Stadt in der Vergangenheit sich nicht getraut hat, Widersprüche gegen Platzverweise gerichtlich klären zu lassen, weil damit auch die städtische Straßensatzung in Frage gestellt werden könnte. Platzverweise sowie die Straßensatzung wird von der LINKEN abgelehnt.

Das nächste Millionengrab

Ein neues Balletthaus für Düsseldorf

Düsseldorf braucht ein neues Balletthaus. So jedenfalls die Meinung der Stadtverwaltung und der maßgeblichen Menschen der Düsseldorfer Kulturszene. Das bisherige Probenzentrum sei zu klein. Außerdem müsse man dem „gefeierten Tanzchef“ Martin Schläpfer etwas bieten, sonst könne es sein, dass er seinen Vertrag in Düsseldorf nicht verlängert.

Ausgeguckt wurde zu diesem Zweck ein Grundstück am Steinberg in Bilk, neben dem ehemaligen Rheinbahndepot. Geplant ist, dass das Balletthaus in einem sogenannten ÖPP-Verfahren gebaut werden soll.

ÖPP steht für Öffentlich-Private-Partnerschaft. Die Partnerschaft besteht zwischen einem öffentlichen und einem privatwirtschaftlichen Teilnehmer. Zum Beispiel setzt sich eine Kommune mit einem Investor zusammen. Der Investor baut nach den Vorstellungen der Kommune ein Gebäude, das er selbst finanziert hat und das er über einen festgelegten Zeitraum auch betreibt. Die Kommune mietet für diesen Zeitraum das Gebäude an und bezahlt dafür Miete. In dieser Miete ist auch der Unterhalt des Gebäudes enthalten.

Das sieht zunächst sehr günstig für die Kommune aus. Sie braucht kein Geld zu investieren, braucht sich auch nicht um den Bau und den Unterhalt (Reinigung, Renovierung etc.) zu kümmern und erhält trotzdem ein Gebäude nach ihren Vorstellungen.

Der Investor muss die Investitionskosten tragen und die Unterhaltskosten auf die gesamte festgelegte Vertragsdauer hochrechnen. Ein paar Risikozuschläge sind da schon erforderlich, damit sich das Projekt für ihn rentiert.

In einer Zeit, in der viele Kommunen kein Geld haben, sind solche Projekte sehr begehrt und werden seit Jahren umgesetzt. Es gibt also genügend Vergleichsprojekte. Die Landesrechnungshöfe warnen mittlerweile vor ÖPP-Projekten, da sie bis zum Ende der Vertragslaufzeiten in der Regel für die Kommune teurer werden als wenn die

Kommune das Projekt selbst finanziert, baut und unterhält. Auch in Düsseldorf gibt es Beispiele aus der Vergangenheit, die die Stadt viel Geld gekostet haben bzw. immer noch kosten. Zu nennen sind hier die Arena, die ehemalige Paketpost oder Burg-Wächter-Castello.

Trotzdem ist die Stadtspitze und mit ihr CDU und FDP davon überzeugt, dass im Falle des Balletthauses das ÖPP-Verfahren beherrschbar ist. Sie haben ein Beratungsunternehmen (Ernst & Young) damit beauftragt, eine vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu erstellen.

Und was war das Ergebnis? Die Errichtung eines neuen Balletthauses im ÖPP-Verfahren bringt der Stadt finanzielle Vorteile! Über einen Zeitraum von 30 Jahren ein Vorteil von 4,07 %. Zwar konnten für diese vorläufige Untersuchung Zahlen nur geschätzt werden, trotzdem wurden exakte Beträge ermittelt, die zu einem prozentualen Unterschied von zwei Stellen hinterm Komma kamen. Die Stadt selbst rechnet in einer solch frühen Projektphase mit Unsicherheiten von 30%.

Alle kritischen Nachfragen und Hinweise wurden vom Tisch gewischt. In der Ratssitzung am 18. April haben CDU und FDP gegen die Stimmen der anderen Fraktionen beschlossen, das ÖPP-Verfahren für das Balletthaus weiter zu betreiben. Hier wird das nächste Millionengrab für städtische Gelder in Düsseldorf ausgehoben.



Er übt schon mal für die Öffentlich-Private-Partnerschaft

© flickr/mkd.

Verlust von Sozialwohnungen

Am Beispiel Garath

Der Stadtbezirk 10, Garath und Hellerhof, ist der jüngste Stadtteil Düsseldorfs. Die ersten Häuser der neuen Wohnsiedlung wurden Anfang der 60er Jahre erbaut, neben einigen Einfamilienhäusern meist Sozialwohnungen für die ArbeitnehmerInnen Düsseldorfs.

Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksvertretung wollte von der Verwaltung wissen, wie groß der derzeitige Anteil von Sozialwohnungen im Stadtteil ist und wie viele der damals gebauten Sozialwohnungen aus der Sozialbindung herausgefallen sind. Die Antwort der

Verwaltung war erschreckend:

Gab es im Stadtbezirk im Jahr 2003 noch 5.443 Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen (48,6 %), so waren es 2012 nur noch 1.136 Wohnungen (10,1 %). Das heißt, innerhalb von nur 10 Jahren schrumpfte der Anteil der Wohnungen mit Bindung um 4.307 Wohnungen.

Auf die Frage der Fraktion, welche konkreten Maßnahmen die Stadt unternimmt, um sozialen Wohnungsbau in Garath zu fördern, kam nur die lapidare Antwort, dass die Stadt Architekten

und Investoren Unterstützung gäbe. Und „Konkret wurden 70 geförderte Mietwohnungen seit 2007 in Garath, an der Maria-Olbrich-Straße errichtet.“ Dazu Bezirksvertreterin Angelika Kraft-Dlangamanda: „Diese Antwort ist eine Frechheit. Denn in dieser Straße sind vier Hochhäuser und mehrere Miethäuser mit Sozialwohnungen abgerissen worden, um die neuen Häuser zu bauen. In den neuen Wohnungen stehen nur noch 10 % geförderte Wohnungen zur Verfügung und die MieterInnen bekommen eine Staffelmiete.“

725 Jahre

Wie Düsseldorf feiert

Am 05. Juni 1288 fand die Schlacht von Worringen statt. In den Köpfen der Bevölkerung des Rheinlandes hat sich festgesetzt, dass damals Düsseldorf und Kölner gegeneinander gekämpft haben. In Wahrheit hat der Graf von Berg mit Unterstützung der Bevölkerung aus Köln und Düsseldorf gegen den Erzbischof von Köln gekämpft und die Schlacht gewonnen.

Als Dank für die Unterstützung bekam Düsseldorf am 14. August 1288 die Stadtrechte verliehen. Das Datum jährt sich in diesem Jahr zum 725ten Mal.

Für viele Städte wäre dies ein Anlass, sich intensiv auf ein ganzes Jahr zum Gedenken und Feiern vorzubereiten. Für die Düsseldorfer Stadtspitze kam das Jubiläum jedoch völlig unvermutet und überraschend.

Im Dezember 2012 wurde der städtische Haushalt für 2013 beraten und beschlossen. Einen Posten für Feierlichkeiten zum 725. Jahrestag suchte man vergeblich. Als die Nachfragen, was die Stadt denn geplant habe, im-

mer zahlreicher wurden, kündigte der Oberbürgermeister im Januar an, dass man 300.000 Euro in den laufenden Haushalt einstellen wolle. Dazu zum Vergleich: für die Ausrichtung der Bambi-Verleihung hat die Stadt Düsseldorf ca. 1,0 Millionen Euro ausgegeben, für die Ausrichtung des Eurovision-Song-Contestes mehr als 10 Millionen.

Im Februar wurde dem Rat der Stadt ein Budget für Feierlichkeiten zur Genehmigung vorgelegt. Dieses belief sich auf 500.000 Euro. Innerhalb von drei Monaten startete die Stadt von 0 über 300.000 Euro auf 500.000 Euro durch. Bei diesem Tempo wird bis Jahresende sicherlich noch die Millionen-grenze überschritten.

In den 500.000 Euro sind ca. 300.000 vorgesehen für eine zentrale Feierlichkeit für Honoratioren in der Tonhalle. Einen Änderungsantrag, diese Feier zugunsten eines Volksfestes ausfallen zu lassen und dafür die 300.000 Euro zu verwenden, wurde von der Mehrheit von CDU/FDP abgelehnt.

Dafür gibt es jetzt bei dem jährlichen Marathon für jeden Teilnehmer und jede Teilnehmerin ein T-Shirt mit dem Aufdruck 725 Jahre Düsseldorf. Eine seit 2012 laufende Ausstellung in der Bezirksvertretung Flingern/Düsseltal zur Geschichte des Düsseldorfer Zoos wurde kurzerhand verlängert und in das Programm für die 725 Jahr-Feierlichkeiten aufgenommen.

Auf den städtischen Briefumschlägen prangt ein Stempel, der an den Jahrestag erinnert. Die Stadt hat auch schöne Fahnen anfertigen lassen und beflaggt damit ihre Gebäude. Und die Bevölkerung wurde aufgerufen, doch kreativ zu sein und selbst etwas zu diesem Anlass beizusteuern.

Damit sind dann die Verhältnisse gewahrt. Die Stadtspitze feiert mit den wichtigen Menschen und bestreitet die Kosten aus dem städtischen Etat, der aus Steuern und Gebühren gespeist wird. Wenn das Volk feiern will, dann soll es sich die Feste selbst organisieren.

BäderCard

Kundenfreundlicher gestalten



Schwimmen wird immer teurer

© piqs.de/Tommy Wong (BY 2.0)

Im Mai 2011 wurde in Düsseldorf die BäderCard, eine aufladbare Geldwertkarte, eingeführt. Den BesitzerInnen der Karte wird ein Rabatt von zehn Prozent auf den Eintritt in die Düsseldorfer Schwimmbäder gewährt. Im Gegenzug wurden zum gleichen Zeitpunkt die Eintrittspreise für die Schwimmbäder ebenfalls um etwa zehn Prozent erhöht. Diese Erhöhung wurde mit dem Argument gerechtfertigt, dass sie durch den Erwerb der BäderCard kompensiert werden könne.

Neben einer generellen Kritik an der Preiserhöhung bemängelten wir bei

der Einführung der BäderCard auch die Bedingungen zum Erwerb und zur Benutzung dieser. So ist die Karte beim Ersterwerb nur mit einem Mindestbetrag von 90.- Euro zu erwerben und alle Nachladungen müssen mit mindestens 60.-, 90.- oder 120.- Euro erfolgen. Für Düsseldorf-InhaberInnen liegen die Beträge zwar etwas niedriger, dennoch sind auch diese deutlich zu hoch. Zu den hohen Aufladegebühren kommen noch weitere Kosten hinzu: Die Ausstellung der BäderCard erfolgt gegen die Entrichtung einer Bearbeitungsgebühr in Höhe von 4,- Euro (zzgl. 3,- Euro Pfand).

Bei Rückgabe der BäderCard wird wiederum eine Bearbeitungsgebühr von 4,- Euro fällig, um seinen Restwert zurück-erstattet zu bekommen.

Bei der Einführung der BäderCard beantragten wir daher, diese Bedingungen kundenfreundlicher zu gestalten. Der Antrag wurde von CDU, FDP, SPD und Grünen abgelehnt. Nach einem Jahr, so wurde gesagt, solle doch erst einmal überprüft werden, wie die BäderCard angenommen worden ist. Nachdem einhalb Jahre später allerdings immer noch keine Überprüfung stattgefunden hatte, erfragten wir die entsprechenden Zahlen im Sportausschuss.

Die Zahlen bestätigten, was abzusehen war: Die BäderCard wird kaum angenommen. Von Mai 2011 bis Januar 2013 wurden lediglich 2.575 Exemplare verkauft. Die Bädergesellschaft musste einräumen, dass sie mit einer weit größeren Zahl an ausgegebenen Karten gerechnet hatte. Bereits vor Einführung der Karte wurden 5.000 Exemplare angeschafft und noch einmal die gleiche Menge optioniert.

In der nächsten Sitzung des Sportausschusses werden wir noch einmal versuchen, eine Änderung der Bedingungen zum Erwerb und zur Benutzung der BäderCard zu erreichen. Im Einzelnen werden wir beantragen die Mindestbeträge beim Ersterwerb sowie beim Nachladen deutlich zu senken und die Bearbeitungsgebühren abzuschaffen.

Bäderkonzept

Im Februar 2012 hat der Aufsichtsrat der Bädergesellschaft die Geschäftsführung beauftragt, für die Düsseldorfer Bäder ein grundsätzliches und für die Zukunft tragfähiges Konzept auszuarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen. Im September 2012 sollte das neue Bäderkonzept vorgestellt werden. Aufgrund von „Abstimmungsbedarf“ wurde die Veröffentlichung jedoch verschoben.

Da das Bäderkonzept immer noch nicht vorliegt, haben wir im Februar im Sportausschuss nachgefragt, wo das Konzept denn bleibt. Die Antwort: Da die Bädergesellschaft im Januar gebeten wurde, in das Konzept auch die Bedarfsentwicklung für das Schulschwimmen einzuarbeiten, könne ein Zeitpunkt für die Vorlage des Konzeptes nun überhaupt nicht genannt werden. Da die Entwicklung für das Schulschwimmen aus den immer aktuell gehaltenen Zahlen für die Entwicklung der Schulen abzuleiten wäre, ist die Antwort nicht nachvollziehbar.

Demokratie im Stadtrat

Immer öfter werden Anfragen im Düsseldorfer Rat und in den Fachausschüssen zurückgewiesen. Begründet wird das damit, dass der Oberbürgermeister das alleinige Recht hat, zu entscheiden, ob eine Anfrage zulässig sei.

So auch bei einer Anfrage aus aktuellem Anlass unserer Ratsfraktion aus dem September 2012. Dabei ging es um die Mehrkosten für die Wehrhahnlinie. Die Anfrage wurde nicht zugelassen, weil die entsprechenden Informationen bereits in der sogenannten Kleinen Kommission Wehrhahnlinie bekannt gegeben wurden und damit der aktuelle Anlass nicht gegeben war. Allerdings ist unsere Fraktion in dieser Kommission gar nicht vertreten. Außerdem sind wir der Meinung, dass der Oberbürgermeister nicht frei entscheiden kann, worüber diskutiert werden darf. Die Gemeindeordnung gesteht den Ratsmitgliedern ein umfassendes Fragerecht zu. Dieses Fragerecht soll formal ausgehebelt werden, um für die Ratsmehrheit und den Oberbürgermeister unbequeme Diskussionen zu verhindern.

Wir werden jetzt klären lassen, wie viel Demokratie im Düsseldorfer Rat zulässig ist. Dazu haben wir Klage vor dem Verwaltungsgericht eingereicht.

Flughafenbeschäftigte

Der Flughafen Düsseldorf gehört zu 50% der Stadt Düsseldorf. Um Arbeitnehmerrechte auszuhebeln wurde 2004 die 100 %ige Tochtergesellschaft für die Flugzeugabfertigung (FDGHG) gegründet, in die die Beschäftigten wechseln mussten. Verbunden war dies mit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit und Einbußen beim Einkommen. Auf diese Nötigung wurde eingegangen um die Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern. Nun werden von der FDGHG betriebsbedingte Kündigungen angekündigt, die bis zu 360 von etwa 780 Beschäftigten betreffen können. Die ArbeitnehmervertreterInnen fordern den dauerhaften Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen. Dazu haben sie eine Petition aufgesetzt, die von 2.571 Personen unterschrieben wurde. Darin wird der Stadtrat aufgefordert seiner sozialen Verantwortung als öffentlicher Anteilseigner am Düsseldorfer Flughafen gerecht zu werden und sich den Belangen der dortigen Beschäftigten zu stellen. Entsprechend dieser Petition haben wir im Rat den Antrag gestellt, dass die VertreterInnen der Stadt sich in der gemeinsamen Gesellschaft dafür einsetzen sollen, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind. Der Antrag wurde bei Enthaltung der SPD von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Überstunden der Feuerwehr werden bezahlt

Eigentlich ist es selbstverständlich, dass gemachte Überstunden bezahlt werden. Das sah die Stadt Düsseldorf anders. Aufgrund einer Arbeitszeitveränderung durch die EU sind in den Jahren 2001 bis 2006 bei der Düsseldorfer Feuerwehr jährlich etwa 77.000 Überstunden angefallen. Schon im Oktober 2010 fragte die Ratsfraktion DIE LINKE im Personal- und Organisationsausschuss nach der Bezahlung der Überstunden und stellte auch danach immer wieder Anfragen zu dem Thema. Die Verwaltung und allen voran OB Elbers waren jedoch nur bereit die Überstunden aus dem Jahr 2006 teilweise zu bezahlen. Erst nachdem Elbers massiv die Feuerwehrleute anging, kam Bewegung in die Sache. Um nicht gänzlich im Kommunikationsdesaster unterzugehen, knickte Elbers jetzt doch endlich ein.

Hindenburg

Nicht mehr in der Ehrenbürgerliste

Am 30. Januar 1933 ernannte der Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Damit erfüllte er eine Forderung von Bankiers, Großgrundbesitzern und Industriellen. Hindenburg war ein überzeugter Monarchist, Militarist und Nationalist, der nach dem Ersten Weltkrieg die Dolchstoßlegende mit zu verantworten und die Zerschlagung der demokratischen Verfassung der Weimarer Republik betrieben hat. Die Ernennung Hitlers führte in den Zweiten Weltkrieg und zur Verfolgung und Ermordung von Millionen Menschen, die nicht in das nationalistische und rassistische Weltbild der

Nazis passte. Seit 1917 war Hindenburg Ehrenbürger der Stadt Düsseldorf. Während in vielen anderen Städten Hindenburg nach 1945 die Ehrenbürgerschaft aberkannt wurde, passierte in Düsseldorf nichts.

Im Februar haben wir im Rat den Antrag gestellt, Hindenburg die Ehrenbürgerschaft zu entziehen. Der Antrag wurde von der Tagesordnung genommen, da eine Ehrenbürgerschaft mit dem Tod der betreffenden Person erlischt und der Rat deshalb über den Antrag nicht entscheiden könne.

Da sich allerdings alle Rednerinnen und Redner von Hindenburg distanzier-

ten, wurde verabredet, dass die Fraktionen zur April-Sitzung einen gemeinsamen Antrag einbringen. So wurde von SPD, Grünen, LINKEN und FDP ein Antrag formuliert, dass der Rat sich von der Verleihung der Ehrenbürgerschaft distanziert und die Verwaltung auffordert, Hindenburg von der Liste der Ehrenbürger zu streichen.

Eine Woche vor der Ratssitzung hat die FDP ihre Unterschrift vom gemeinsamen Antrag zurückgezogen.

In der Ratssitzung argumentierte die CDU, man solle sich nicht von einer Verleihung der Ehrenbürgerschaft aus dem Jahr 1917 distanzieren, nur weil Hindenburg 1933 Hitler an die Macht gebracht habe. Schließlich hat die Verleihung der Ehrenbürgerschaft 1917 dem damaligen Zeitgeist entsprochen.

Damit kann man auch KZ und Völkermord relativieren, denn das hat auch dem damaligen Zeitgeist entsprochen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der LINKEN, SPD, Grüne und FDP genehmigt. Die CDU-Fraktion stimmte geschlossen dagegen.

Damit wird Hindenburg von allen offiziellen Listen der Stadt verschwinden.



Hitler, Hindenburg und Göring friedlich vereint

© Bundesarchiv

Ehrung für Völkermörder

Strassennamen und ihre Bedeutung

Im Rheinblick Nr. 9 hatten wir begonnen auf Düsseldorfer Straßennamen hinzuweisen, mit denen Kolonial- oder Naziverbrecher geehrt werden. Dies setzen wir heute fort. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion, dass durch Umbenennung WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden. Dies ist gerade jetzt hoch aktuell. Auch wenn die Änderung des Straßennamens für die Anwohner formal unangenehm ist. Aber noch unangenehmer ist sicherlich, wenn die persönliche Anschrift an einen Nazi-Mörder oder Kolonial-Verbrecher erinnert.

Die Lüderitzstraße in Urdenbach und Garath

Die Lüderitzstraße gehört auf einer Seite zu Urdenbach und auf der anderen Seite zu Garath. Adolf Lüderitz betrog in Süd-West Afrika (heute Namibia) die EinwohnerInnen um ihr Land und ihre Bodenschätze und legte damit den Grundstein für die deutsche Kolonie Deutsch-Südwestafrika.

1883 „erwarb“ Lüderitz vom Nama-Häuptling Joseph Fredericks die Bucht von Angra Pequena vertraglich für 10.000 Mark und 260 Gewehre. Allerdings wurde dem Häuptling erst nach Abschluss des Vertrags erklärt, dass

es sich nicht um die üblichen englischen Landmeilen (1 Meile = 1,8 km) handelte, sondern die preußischen (1 Meile = 7,5 km). Das gesamte Stammesgebiet gehörte somit Lüderitz, der nach Diamanten, Kupfer, Gold und Silber suchte. Lüderitz blieb bei seiner Suche nach Bodenschätzen erfolglos, fand noch nicht mal Wasser. Dieses musste per Schiff aus Kapstadt geliefert werden. Lüderitz verkaufte „sein“ Land an die Deutsche Kolonialgesellschaft. 1884 übernahm das Deutsche Reich durch die Besetzung durch die kaiserliche Marine mit drei Kriegsschiffen und Hissen der deut-

schen Flagge sozusagen den „Schutz“ des erschwindelten Landes. 1885 wurde die „Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika“ gegründet. Lüderitz verschwand 1886 bei einer Expedition, die gesuchten Bodenschätze hat er nie gefunden. Dafür hat er aber den Weg bereitet für die deutsche Kolonie Deutsch-Südwestafrika und damit für die schlimmsten Verbrechen deutscher Kolonialisten. Lüderitz war mit seiner Gier nach wertvollen Bodenschätzen der Wegbereiter derjenigen, die KZ's einrichteten und Völkermord begangen! (siehe auch Rheinblick Nr. 9 und 13).



Kriegsgefangene Herero in Ketten 1904

© National Archives of Namibia, Windhoek

Wasserversorgung

Rekommunalisierung der Versorgung gefordert

In der EU wird zurzeit eine Richtlinie diskutiert, die die Vergaben von Konzessionen europaweit einheitlich regeln soll. Demnach soll unter Anderem die Wasserversorgung in Zukunft europaweit ausgeschrieben werden. Das bedeutet, dass die Kommunen zukünftig die Wasserversorgung oft an private Unternehmen vergeben müssen, wenn diese preiswerter sind.

In der Regel wird die Wasserversorgung in Deutschland von den kommunalen Stadtwerken betrieben. Das führt dazu, dass die Wasserqualität in Deutschland im Vergleich zu vielen europäischen Staaten sehr gut und die Preise relativ günstig sind. Dort, wo die Versorgung bereits privatisiert ist, stehen die Profite auf Kosten der Qualität und der Preise im Vordergrund.

Eine Bürgerinitiative (<http://www.right2water.eu/de>) sammelt europaweit Unterschriften, um die europäische Union dazu zu verpflichten, die Wasserversorgung nicht zu liberalisieren und allen Menschen einen Zugang zu einer Versorgung mit Trinkwasser zu ermöglichen. Durch die Kampagne wurden bereits über 1,3 Millionen Unterschriften gesammelt.

In der Ratssitzung im Februar wurde ein Antrag diskutiert, der von CDU, SPD, Grünen und FDP eingebracht wurde.

Der Rat der Stadt Düsseldorf soll das EU-Parlament auffordern, die EU-Richtlinie abzulehnen oder zumindest nicht auf die kommunale Wasserversorgung anzuwenden. In dem Antrag wurde auch formuliert, dass die Wasserversorgung Teil der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Der Antrag wurde einstimmig vom Rat angenommen.

Ausgenommen von der Richtlinie sollen die Wasserwerke werden, die zu 100 % in kommunaler Hand sind. Das trifft auf Düsseldorf nicht zu, da die Stadt nur noch einen Anteil von 25,05 % an den Stadtwerken hat.

Deshalb haben wir folgerichtig einen Antrag eingereicht, in dem eine Rekommunalisierung der städtischen Wasserversorgung gefordert wird. Die Verwaltung sollte aufgefordert werden, hierzu Gespräche mit den anderen Gesellschaftern aufzunehmen. Denn nur eine Wasserversorgung, die zu 100 % von der Kommune ausgeführt wird, bietet zurzeit die Garantie, dass eine Konzessionsrichtlinie in Düsseldorf nicht angewendet werden kann. Leider konnten die Fraktionen von CDU und FDP diesen Gedankengang nicht nachvollziehen und lehnten unseren Antrag ab.



Wasser ist ein öffentliches Gut - und muss es bleiben

© pixelio/Matthias Bozek

Frauenhäuser in Düsseldorf

Über 180 Ablehnungen pro Jahr



Ist bei ihnen die Welt wirklich noch in Ordnung?

© pixelio/Sandra Schmitz

Jede vierte Frau wird nach wissenschaftlichen Studien in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt, wobei die Dunkelziffer noch viel höher liegen dürfte. In Frauenhäusern finden die betroffenen Frauen persönlichen Schutz und Sicherheit und gewinnen Abstand von ihrer Bedrohungssituation.

Aus einer Anfrage im Landtag geht hervor, dass in den Frauenhäusern in

NRW jedes Jahr tausende Frauen aus Platzmangel abgelehnt werden müssen. Wie die Situation bei den Düsseldorfer Frauenhäusern aussieht, erfragten wir im Gleichstellungsausschuss.

In Düsseldorf gibt es das „Internationale Frauenhaus“ mit 12 Plätzen (8 Plätze für Frauen und 4 Plätze für Kinder) sowie das „Frauenhaus Düsseldorf“ mit 17 Plätzen (8 Plätze für Frauen und 9 Plätze für Kinder). Im „Internationa-

len Frauenhaus“ konnten im letzten Jahr 180 Frauen aus Platzmangel nicht aufgenommen werden. Das „Frauenhaus Düsseldorf“ hält statistisch nicht fest, wie viele Frauen abgewiesen werden müssen.

Die Anruferinnen erhalten Informationen über Telefonnummern in der Umgebung, über die Internetseite www.frauen-info-netz.de sowie über die Telefonnummer und die Internetseite des Bundeshilfetelefon www.hilfetelefon.de. Je nach Situation und Dringlichkeit würden zudem die Kontaktdaten der Polizei und Frauenberatungsstelle weitergegeben.

In beiden Einrichtungen ist nicht bekannt, ob die abgewiesenen Frauen einen Platz in einem anderen Frauenhaus erhalten haben, da keine Nachverfolgungsmöglichkeiten oder Folgekontakte bestehen.

Hier ist dringend Verbesserung notwendig. Die Zahlen verdeutlichen, dass es in Düsseldorf Bedarf für mindestens ein weiteres Frauenhaus gibt. Wie dieses finanziert und betrieben werden kann, werden wir in der nächsten Zeit thematisieren.

Europatag

Am 5. Mai 1949 wurde mit der Unterzeichnung einer Satzung der Europarat gegründet. Daran erinnert die Stadt Düsseldorf jedes Jahr mit einem Fest auf dem Marktplatz vor dem Rathaus.

Auf der Internetseite der Stadt heißt es dazu: „In Düsseldorf leben und arbeiten Menschen mit den verschiedensten politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Hintergründen. Sie tragen ebenso wie ihre deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Stellung der Stadt bei.“

In der Vergangenheit präsentierten am Europatag unterschiedliche Vereine und Initiativen aus Düsseldorf die Kultur ihrer Herkunftsländer an Ständen, die die Stadt ihnen zur Verfügung stellte. Seit einigen Jahren wird die Feier jedoch nicht mehr direkt von der Stadt organisiert, sondern von Agenturen.

Seitdem sind enorme Gebühren für eine Teilnahme an einem Stand zu zahlen. So kostet in diesem Jahr eine Standfläche inklusive eines Zeltes von 9 m² fast 420 Euro, für 18 m² sind über 700 Euro zu zahlen. Die Bereitstellung von Tischen, Lampen etc. wird zusätzlich berechnet. Der Verkauf von landestypischen Gerichten, woraus die Vereine die Gebühren finanzieren könnten, ist nicht gestattet.

Für viele Vereine und Initiativen sind solch hohe Gebühren nicht tragbar, sie nehmen an der Feier nicht mehr teil. Finanzieren können diese Gebühren nur noch Reisebüros und Fremdenverkehrsverbände. Die Feier zum Europatag hat sich zu einer rein kommerziellen Veranstaltung entwickelt, was dem ursprünglichen Gedanken nicht entspricht.

Deshalb hat unsere Fraktion im Integrationsausschuss den Antrag gestellt, die Standflächen (inklusive Zelt und Strom) bei der Veranstaltung Vereinen und Initiativen kostenlos zur Verfügung zu stellen. SPD und Grüne fanden unseren Antrag zwar gut, haben aber dafür gesorgt, dass er in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften verwiesen wurde. Dieser tagt das nächste Mal am 23. Mai. Exakt 19 Tage nach dem Europatag. Im Namen der Vereine und Initiativen bedanken wir uns bei den beiden Fraktionen für ihr Engagement. Die im Rat vertretenden Parteien haben die Möglichkeit, auf diesem Fest ihre Europapolitik zu präsentieren. Für die Teilnahmegebühren erhalten sie Sonderkonditionen. DIE LINKE nimmt aus Protest nicht teil.

DIE LINKE tagt

Wohnungspolitik in Düsseldorf ist eines der zentralen Themen der Ratsfraktion DIE LINKE. Deshalb stand es auch auf der Tagesordnung der diesjährigen Klausurtagung. Am 16 und 17. März hat sich die Ratsfraktion zusammen mit ihren VertreterInnen in den Fachausschüssen mit den verschiedenen Möglichkeiten des Wohnungsbaues beschäftigt.

Forderungen der LINKEN sind:

Kein Verkauf von städtischen

Grundstücken – Im Gegenteil: Die Stadt muss Grundstücke ankaufen, um selbst Wohnungen zu bauen.

Ausstattung der städtischen Wohnungsgesellschaft mit genügend Kapital, um preiswerte Wohnungen auf städtischen Grundstücken bauen zu können. Möglich sind Mieten von unter 5.- Euro/m².

Ausweisung von Flächen in Bebauungsplänen für sozialen Wohnungsbau zwischen 30 und 50 %. Nur so ist der steigende Bedarf an preiswertem Wohnraum zu befriedigen. Erhaltungssatzungen für gewachsene Stadtviertel, um eine Vertreibung der Bevölkerung zugunsten von zahlungskräftigen MieterInnen zu verhindern.

Diese Forderungen werden wir in die Diskussion zur städtischen Wohnungsbaupolitik einbringen.

Religionsgemeinschaften

Obwohl fast ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland keine Konfession hat, zahlen die Bundesregierung, die Länder und Kommunen an Religionsgemeinschaften jedes Jahr erhebliche Summen. Insbesondere Schulen, Kitas und Krankenhäuser werden finanziert. In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, dass die Religionsgemeinschaften den Staat entlasten. Allerdings werden diese Einrichtungen komplett vom Staat bezahlt, Länder und Kommunen könnten diese Aufgaben also ohne zusätzliche Kosten selbst übernehmen.

Über diese Finanzierungen hinaus haben Religionsgemeinschaften auch noch weitere Vorteile. So sind Religionsgemeinschaften mit ihrem teilweise sehr umfangreichen Grundbesitz von der Grundsteuer befreit. Deshalb wollten wir im Haupt- und Finanzausschuss wissen, wie viel Steuern der Stadt durch diese Regelung entgehen. Leider wollte die Stadt keine Auskunft geben, da die Steuer vom Finanzamt eingetrieben wird und die Stadt darüber keinen Überblick hat.

Altersarmut auch in Düsseldorf

Zwei von drei Frauen haben bundesweit eine Rente unterhalb der Grundsicherung. 83,5 Prozent aller Rentnerinnen haben eine Altersrente von unter 850 Euro monatlich, und davon ein Viertel von unter 250 Euro. Dies stellt die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Yvonne Ploetz, fest. In Düsseldorf wird der Anteil ähnlich sein. Die Armut im Alter, speziell bei Frauen, wird immer mehr zu einem Problem, auch in Düsseldorf.

Dass Frauen weniger Rente im Alter haben als Männer, ist zum großen Teil das Ergebnis ihrer beruflichen Laufbahn, von Kindererziehungszeiten, Teilzeitbeschäftigung, aber auch schlechterer Bezahlung.

Dass Frauen in der Vergangenheit Karriere machten oder gutbezahlte Jobs hatten, war äußerst selten. Das macht sich bei den Renten deutlich bemerkbar und wird in Zukunft noch zunehmen. Minijobs, stundenweise Jobs im Einzelhandel oder schlecht bezahlte Arbeit als Krankenpflegerin, unbezahlte Praktika, all das schlägt sich auf die Rente nieder. Frauen werden in Zukunft noch weniger Geld fürs Leben zur Verfügung haben.

Altersarmut trifft Männer und Frauen, allerdings Frauen sehr viel öfter und stärker. Die geringe Rente muss



Das können sich nur noch Wenige leisten

© pixelio/Paul-Georg Meister

bei steigenden Mieten, Energiekosten, steigenden Kosten der medizinischen Versorgung, Zahnersatz, Brille, ständig steigenden Fahrtkosten und mehr ausreichen.

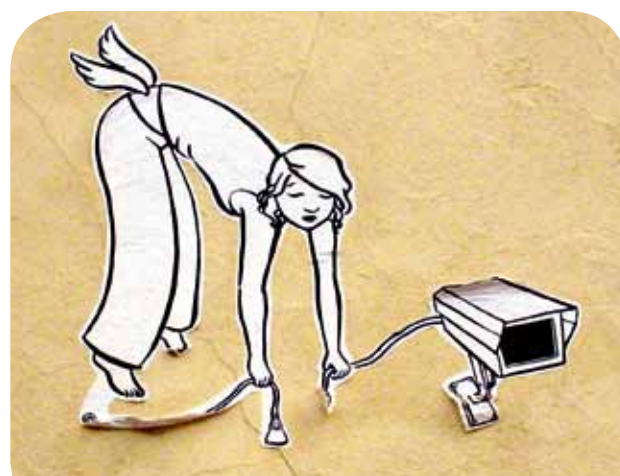
Die Stadt muss hier ihren EinwohnerInnen Hilfen anbieten und sie darüber aufklären, dass es Hilfen gibt, die genutzt werden können. Nur, Frauen gehen nicht so gern „zum Amt“. Sie haben Hemmungen und ziehen sich zurück.

Die Stadt muss Antworten auf all diese bereits existierenden und noch kommenden Probleme finden. Die Ratsfrak-

tion DIE LINKE hat das Thema immer wieder angesprochen und Forderungen gestellt: zum Beispiel für ein echtes Sozialticket von 10 Euro, damit Rentnerinnen und Rentner mobil bleiben können. Es müssen preiswerte Wohnungen her, barrierefrei, am besten in Mehrgenerationenprojekten. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, die eine Stadt wie Düsseldorf für ältere Menschen, und gerade für Frauen, leisten kann. Die Ratsfraktion DIE LINKE wird immer wieder Forderungen dazu stellen, nicht nur bei der Planung des zukünftigen Haushalts.

Überwachung total?

Videoaufzeichnungen der Rheinbahn



Einfach Stecker raus!

© flickr/Locace

Auch in Düsseldorf wird die öffentliche Videoüberwachung immer weiter ausgebaut. Neben der polizeilichen Überwachung der Altstadt, gibt es auch die Videoüberwachung des Hauptbahnhofs durch die Bundespolizei sowie hunderte private Videokameras, die Plätze und Strassen observieren.

Die meisten Videokameras werden jedoch von der Rheinbahn betrieben. Laut eigenen Angaben sind bereits 350 Videokameras in Bahnen und Bus-

sen installiert. Zukünftig sollen auch alle U-Bahnhöfe und viele Haltestellen der Rheinbahn rund um die Uhr von Videokameras erfasst und die Aufnahmen aufgezeichnet werden. Die Videoaufzeichnungen sollen 48 Stunden gespeichert werden, bei Ermittlungen jedoch auch länger. Einen konkreten Bedarf an der totalen Videoüberwachung der

Rheinbahnfahrergäste kann die Rheinbahn nicht nachweisen. So wird in der Rheinischen Post vom 14. August 2012 der Rheinbahn-Sprecher Georg Schumacher zitiert, der von keinen nennenswerten Vorfällen auf Bahnsteigen berichtet.

Insbesondere sollen durch die Videoüberwachung Graffiti-Sprühereien verhindert werden. Diese „Schäden“ mögen für die Rheinbahn ärgerlich sein, stehen aber in keinem Verhältnis zu dem erheblichen Eingriff in die informationelle

Selbstbestimmung der Fahrgäste. Zumal auch in den Empfehlungen des Verbandes deutscher Verkehrsbetriebe zur Videoüberwachung als Zweck der Videoüberwachung in Punkt 1 steht: „Beobachtungen mit Videokameras dürfen im Rahmen der Wahrnehmung des Hausrechts nur zum Schutz vor Gewalt gegen Personen und Beförderungseinrichtungen sowie zur technischen Fahrgastsicherheit erfolgen.“ Dies ist im Falle der Rheinbahn, wie sie selbst zugibt, nicht gegeben. Weiter heißt es dort unter Punkt 2: „Die Videoüberwachung darf nicht der Regelfall sein, sondern nur stattfinden, wenn sie notwendig ist.“

Eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE dazu wollte die Stadtverwaltung nicht beantworten und verwies an die Rheinbahn, trotzdem die Stadt sich an den Kosten der Videoüberwachung beteiligt, sie Anteilseigner an der Rheinbahn ist und der Rat Mitglieder in den Aufsichtsrat entsendet.

Die Ratsfraktion DIE LINKE lehnt ein solches Vorgehen der Verwaltung wie auch die Videoüberwachung der Rheinbahn ab.

Drogenhilfe in Düsseldorf

Reduzierung des Methadonprogramms

Polizei und Sozialbehörden gehen davon aus, dass 4.000 Drogenabhängige in Düsseldorf leben. Konsumenten, die weder Drogenberatung noch soziale Betreuung in Anspruch nehmen, sind in dieser Statistik nicht erfasst.

DIE LINKE, Ratsfraktion Düsseldorf tritt für ein möglichst umfangreiches Angebot städtischer Drogenhilfe ein. Neben unserer Forderung, den Ratsbeschluss zur Einführung einer Diamorphin-Vergabestelle in Düsseldorf endlich umzusetzen, engagieren wir uns für den Erhalt und Ausbau des städtischen Methadonprogramms.

Um die drei städtischen Methadon-Vergabestellen langfristig erhalten zu können, beantragten wir Ende letzten Jahres die notwendigen Mittel. Dieser Antrag wurde von CDU, FDP, SPD und Grünen abgelehnt. Nach der Ablehnung war eine Reduzierung des Angebots zu befürchten, das Thema wurde jedoch in keinem Gremium behandelt. Durch eine Anfrage unserer Fraktion in der Februarsitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales stellte sich allerdings heraus, dass das Angebot bereits reduziert wurde – ohne die zuständigen Gremien einzubeziehen.

Von den ehemals drei städtischen Vergabestellen (Graf-Adolf-Straße, Benrath und Flurstraße) ist der Standort Graf-Adolf-Straße bereits Ende Dezember geschlossen worden. Eine Schließung des Standorts Benrath, welcher im vergangenen Jahr schon nur an etwa der Hälfte der Vergabetage geöffnet wurde, wurde ebenfalls vorbereitet. Für die endgültige Schließung dieses

Standorts ist jedoch, anders als bei der Graf-Adolf-Straße, ein Ratsbeschluss zwingend erforderlich.

Aus diesem Grund brachte die Verwaltung eine Beschlussvorlage zur Schließung des Standorts in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales, später sollte die Vorlage im Rat beschlossen werden. Neben der Schließung des Standorts Benrath sah die Vorlage allerdings auch die Einstellung der Vergabe auf der Flurstraße vor (mit Ausnahme eines Minimalangebots für besonders heikle Fälle). Das städtische Methadonprogramm sollte somit – entgegen aller bisheriger Absprachen – faktisch eingestellt werden. Da Beratungsbedarf bestand, wurde die Abstimmung allerdings auf eine spätere Sitzung verschoben.

Der derzeitige Stand ist somit: Die Vergabestelle auf der Graf-Adolf-Straße

ist geschlossen. Für eine Schließung des Standorts Benrath und die Reduzierung des Angebots auf der Flurstraße liegt jedoch noch kein Beschluss vor. In Benrath hat sich die Bezirksvertretung im Gegensatz hierzu sogar einstimmig für den Erhalt einer städtischen Vergabestelle im Stadtbezirk ausgesprochen.

Dennoch hat die Verwaltung weitere Fakten geschaffen: Im städtischen Methadonprogramm wurden bereits die Hälfte aller Stellen in der Psychosozialen Betreuung abgebaut und der Standort Benrath wurde von der städtischen Internetseite entfernt. Die Einstellung des städtischen Methadonprogramms wird so trotz fehlendem Ratsbeschluss vorangetrieben.

DIE LINKE lehnt dieses Vorgehen entschieden ab. Wir werden uns weiterhin für einen Ausbau statt Abbau der Drogenhilfe einsetzen.



Ganz legale Drogen

© piqs/ Gabriela Neumeier, CC-Lizenz (BY 2.0)

Wohnungssanierung

Löricker MieterInnen haben Angst vor Verdrängung



Protest ist nötig und wichtig

© bezahlbarer-wohnraum-duesseldorf

Nach der Sanierung des Hochhauses Emanuel-Leutze-Str. 1 am Seestern sollen die Kaltmieten von rund 6,50 auf 11 Euro/qm, bei Neuanmietung sogar auf 12 Euro/qm steigen. Solche Preise können sich jedoch viele nicht leisten. Deshalb

wehren sich nun die BewohnerInnen und haben eine MieterInneninitiative gegründet. Zusammen mit dem „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ haben sie gegen die Pläne der Immobilienfirma Ferox protestiert, die das Gebäude erst letztes

Jahr gekauft hat und offensichtlich auf schnelle Rendite setzt. Die BewohnerInnen sollen dazu neue Mietverträge mit der Ferox GmbH abschließen, worauf die Firma allerdings keinen Anspruch hat! Die MieterInnen würden ja damit auf ihre Rechte aus ihren alten Verträgen verzichten!

Peter Nowinski, Vertreter der Fraktion DIE LINKE, nahm Kontakt zur Initiative auf und bot seine Unterstützung an. Im Wohnungsausschuss der Stadt Düsseldorf thematisierte er die gesundheitlichen Gefahren für die MieterInnen durch die Sanierungsmaßnahmen und die Belastungen mit Asbest, Schimmel und Legionellen im Warmwasser. Das werden die Behörden jetzt überwachen. Gemeinsam mit dem „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ werden wir weiterhin die MieterInnen der Emanuel-Leutze-Straße 1 unterstützen.

Neue Fraktion DIE LINKE in Garath/Hellerhof

Die Bezirksvertreterin der Partei DIE LINKE, Angelika Kraft-Dlangamandla, sowie der Parteilose Michael Sonnenberg haben sich zu der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksvertretung 10 zusammengeschlossen. Die neue Fraktion will verstärkt die bisher soziale und einwohnernahe politische Arbeit in Garath und Hellerhof fortsetzen. Als Fraktion sind die beiden BezirksvertreterInnen noch wirkungsvoller in der Lage, bürgernahe politische Arbeit vor Ort in den beiden Stadtteilen zu leisten.

Die Fraktion kann nun in einem Raum der Bezirksverwaltung regelmäßige EinwohnerInnensprechstunden durchführen, sie kann dort zu Vorbesprechungen und zur Vorbereitung der Bezirksvertretungssitzungen zusammen kommen. Außerdem erhofft sich die Fraktion noch größere Wahrnehmung der sozialen und bürgernahen politischen Arbeit im Stadtbezirk 10. Die Fraktion DIE LINKE wird sich in der Bezirksvertretung 10 weiter für den Erhalt und Ausbau von KiTa-Plätzen, Sportstätten und Kinderspielplätzen einsetzen. Die Verbesserung des Wohnumfeldes und der Wohnsituation in Garath und Hellerhof, den Erhalt und Ausbau von günstigem Wohnraum ist ein weiteres wichtiges Ziel, für das sich die Fraktion einsetzen wird. Zu erreichen ist die Fraktion per Mail unter: garath-hellerhof.linke@web.de

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Angelika Kraft-Dlangamandla, Michael Friebe, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbo

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

25.000

Radwegenetz ausbauen

In einer Umfrage des ADFC zur Sicherheit und zum Stellenwert des Radverkehrs hat Düsseldorf den 35. Platz von 38 Städten erreicht und ist damit im Vergleich zu 2005 um 14 Plätze abgerutscht. Gleichzeitig kündigt der Oberbürgermeister eine Verdoppelung des Etats zum Ausbau des Radwegenetzes an. Statt 750.000 Euro in diesem Jahr sollen 1.500.000 Euro im Jahr 2014 bereitgestellt werden. Allerdings verschweigt der Oberbürgermeister, dass für den Ausbau des Radwegenetzes 2010 noch 1,0 Millionen Euro zur Verfügung standen. 2011 wurden die Gelder auf 750.000 Euro zusammengestrichen.

Diese Kürzung ist auch für die Jahre 2012 und 2013 aufrecht erhalten worden. Das heißt, zwischen 2011 und 2013 wurden insgesamt 750.000 Euro eingespart. Diese Mittel sollen 2014 wieder zur Verfügung stehen. Es ist wohl kein Zufall, dass dieses im Jahr der nächsten Kommunalwahl geschieht. Man könnte vermuten, die WählerInnen sollen verschaukelt werden. DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf fordert bereits seit 2009, den Etat für den Ausbau des Radwegenetzes auf 2,0 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen. Damit wären in den letzten drei Jahren zusätzliche 3.750.000 Euro in den Ausbau des Radwegenetzes geflossen. Mit der Forderung, die Mittel um diese Summe zu erhöhen, werden wir in die Beratungen zum Etat 2014 gehen. Diese Summe würde auch zur Verfügung stehen, wenn man auf die Bevorzugung des PKW-Verkehrs verzichtet und den Ausbau der sogenannten Umgehungsstraßen einstellt.

Alle sollen Düsseldorf lieben Wer braucht schon eine Dachmarke?

Bisher hat sich weder die Stadtverwaltung noch OB Elbers großartig innovativ in Sachen Werbung hervorgetan. Im Gegenteil. Man stolperte eher von einem Fettnäpfchen ins andere und machte sich damit bundesweit eher zum Gespött der Medien. Aber nun soll alles ganz anders werden. Eine Dachmarke für das Unternehmen Stadt Düsseldorf soll her. Da ist Elbers aber von der Medienwelt schön gebieft worden, denn kaum eine Gelegenheit liess er aus, das neu erlernte Wort hinaus zu posaunen. Er will in die Geschichte eingehen, als derjenige, der für den Imagewechsel der Stadt verantwortlich ist. Nur schade, dass auch offenbar die beauftragte Werbeagentur ihn nicht ganz ernst nahm. Denn nur so kann man das Ergebnis verstehen. Dort durften offensichtlich die PraktikantInnen sich mal so richtig austoben. Allerdings kann man das Ergebnis nicht gerade als einzigartig bezeichnen. Das :D ist nicht nur weltweit schon für verschiedenste Produkte und Orte im Einsatz, es steht in der Sprache der emoticons auch für lautes Lachen bzw. auslachen, also einem sehr aufdringlichen Zeichen, dass man nicht zu oft benutzen sollte. Fest steht auf jeden Fall, dass die gesamte Werbewelt sich über Düsseldorf (und auch die beteiligte Werbeagentur) kaputt lacht, denn einfaltsloser geht es kaum noch. Doch anstatt das Ergebnis einfach einzustampfen, wird trotzig daran festgehalten und eine groß angelegte Werbekampagne aufgelegt.

Die zwei Tastaturkürzel die jetzt das neue Gesicht der Stadt nach aussen repräsentieren sollen, haben 150.000 Euro gekostet, auf Neudeutsch heisst das „Gestaltung der Dachmarke“. Ein regelrechtes Schnäppchen, wie Elbers der Menschheit verkündet. Doch das

sind nicht die einzigen Kosten. In der Ratssitzung vom 18. April stellte die Ratsfraktion DIE LINKE eine Anfrage zu den Kosten, die die Stadtverwaltung nur mangelhaft beantwortete.

Die Frage nach den Gesamtkosten wurde nur unzureichend beantwortet. Während in der Verwaltung intern alle Kosten bewertet und verrechnet werden, weicht die Verwaltung in der

Doch dabei wird es nicht bleiben.

Die Werbeagentur wird nachlegen müssen, denn auch die bisher vorgestellten Plakate sind eher mässig. Wie ein Imagewechsel stattfinden soll, wenn man Plakate druckt mit Fortuna, Japaner und Karneval, weiss wohl nur Elbers und die Werbeagentur. Zumal der Sinn der Kampagne und den damit verbundenen Kosten zu hinterfragen



Imagekampagne andersherum

© Linksfraktion Düsseldorf

Antwort aus. Die Neugestaltung der Düsseldorf Internetseite fehlt ebenso wie die Kosten der Neudrucke von Fahnen, Briefpapier etc. Angeblich ist dies kostenneutral, da neue Broschüren etc. schon etatisiert sind. Was ebenso fehlt, trotz direkter Nachfrage, sind die weiteren Kosten, die die Agentur für zukünftige Kampagnen in Rechnung stellen wird. Hier sind nur 75.000 Euro Produktions- und Schaltkosten für die im April 2013 stattfindende bundesweite Werbekampagne genannt sowie 110.000 Euro Agenturkosten für die Umsetzung- und Kommunikationsstrategie. Insgesamt hat die Kampagne bisher schon fast 575.000 Euro gekostet.

ist. Ein Imagewechsel wäre wesentlich einfacher wenn die Stadt endlich preiswerte Wohnungen in ausreichender Menge bauen würde, die Subkultur unterstützen würde, die immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen Arm und reich schliessen würde und endlich eine Politik für die EinwohnerInnen tätigen würde. Dann könnte man sich kostspielige Imagekampagnen sparen.

Das haben auch die AktivistInnen erkannt, die mit wenigen Mitteln die Imagekampagne durchkreuzen und überall in der Stadt Aufkleber hinterlassen, die auf die Probleme und die verfehltete Politik der Stadt aufmerksam machen.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein